

WOLFGANG KUBICKI

AUFWIND IM FREIEN FALL



**EINE LIBERALE
KAMPFANSAGE**

WESTEND

W E S T E N D

Wolfgang Kubicki

Aufwind im freien Fall

Eine liberale Kampfansage

WESTEND

Impressum

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-98791-327-3

1. Auflage 2025

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Umschlagmotiv: © Ullstein Bild/Popow

Autorenfoto: © Tobias Koch

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 8,

93051 Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

- 1 Einleitung 7
 - 2 Die demokratische Positionsbestimmung II
 - 3 Die Positionsbestimmung des Liberalismus 83
 - 4 Mut zur Freiheit III
 - 5 Die Freiheit, die ich meine 129
- Nachwort 135
- Anmerkungen 137

1 Einleitung

Meine Partei hatte schon einmal einen freien Fall erlebt. Der Rauswurf aus dem Bundestag am 22. September 2013 war bis zum damaligen Zeitpunkt die schlimmste politische Niederlage der FDP seit ihrer Gründung gewesen. Das damalige parlamentarische Ende kam nicht von ungefähr, die Partei wirkte zerstritten und politisch hilflos – und der Eindruck traf zu. Es gab für die Wählerinnen und Wähler denklogisch kaum einen Grund, uns zu unterstützen. Weil viele meiner Parteifreunde nicht mit dem Ende gerechnet hatten, weil sie dachten: »Es wird schon gut gehen, wie immer«, war der Schock umso größer.

Es folgten die »Schattenjahre«, in denen man über die Landesparlamente versuchte, die bundesweite Aufmerksamkeit aufrechtzuerhalten, Jahre, in denen die Wahlklatschen zuerst nur so einprasselten, wir aber trotz allem nicht die Nerven verlieren durften. Es war eine Phase, in der die Freiheit auch im Deutschen Bundestag keinen guten Stand mehr hatte, in der schwerwiegende politische Weichenstellungen vorgenommen und massive Fehler begangen wurden, die zu Unfreiheiten führten, mit denen die Freien Demokraten später umgehen mussten.

Nach dem freien Fall kam der Aufwind. Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen 2015 waren wichtige Etappen zum Wiederaufstieg. Es folgten Monate der inneren Sammlung,

auch der Genugtuung. Wir waren plötzlich wieder im Spiel, medial angefragt. Man wollte die Stimme der Freiheit plötzlich hören. Der 24. September 2017 wurde ein Triumph, und wir kehrten mit 10,7 Prozent zurück in den Bundestag. Viele hatten uns diese Reise nicht zugetraut, auch manch ein Parteifreund nicht.

Der 23. Februar 2025 markiert wieder einen Wendepunkt. Wer glaubt, die FDP sei jetzt endgültig im freien Fall, unterschätzt, wie groß das Freiheitsbedürfnis in Deutschland sein kann. Doch wer glaubt, der Aufwind komme bestimmt, der hat keinen blassen Schimmer davon, wie entbehrungsreich, wie anstrengend und mental belastend vier außerparlamentarische Jahre sein können.

Aktuell stehen die Bundesrepublik Deutschland und die Freien Demokraten an einer Wegscheide. Das Land ist reformüberfällig, infrastrukturell kaputt, zu feist und international nicht mehr satisfaktionsfähig. Es gibt in der Innenpolitik Tendenzen der Unfreiheit, wenn wir etwa auf die Einschränkungen der Meinungsfreiheit schauen. Die Corona-Pandemie wirkt noch immer gesellschaftlich nach. Ökonomisch haben wir uns von Ludwig Erhards Erfolgsrezept der sozialen Marktwirtschaft de facto losgesagt.

Die Freien Demokraten sind in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) angekommen und müssen sich wieder freischwimmen, müssen Fehler der Vergangenheit aufarbeiten und eine Zukunftsagenda entwickeln. Allen Beteiligten sollte bewusst sein, welche Reise vor uns steht.

Es wird Zeit, eine Positionsbestimmung vorzunehmen, für das Land und für den politischen Liberalismus. Dies ist mein Beitrag dazu – eine liberale Kampfansage.

Ich werde mich zuerst in Kapitel 2 der Frage widmen, wie es um unsere Demokratie bestellt ist. Die wichtigsten Themen –

als Beispiele Migrationspolitik, Meinungsfreiheit, Corona-Nachlauf oder auch unsere Außenpolitik – möchte ich daraufhin abklopfen, ob die Politik in den vergangenen Jahren das Beste aus unserem Land gemacht hat. Einen besonderen Blick werde ich dabei auf die Wirkung unserer Eliten aus Politik, Kirche oder Justiz richten. Ich habe nicht vor, hierbei irgendjemanden vor Kritik zu verschonen. Denn ich bin der Überzeugung, dass es nur mit einer rückhaltlosen Analyse möglich ist, künftig Fehler auch im Umgang mit politischen Extremismen zu vermeiden und wieder eine Stärkung der Resilienz unseres Gemeinwesens anzugehen. Dass sich unsere demokratische Kultur aktuell nicht von ihrer besten Seite zeigt, dass sie die Bindung zu relevanten Teilen der Gesellschaft verloren hat, ist ebenso unstrittig wie besorgniserregend.

Anschließend nehme ich in Kapitel 3 eine liberale Positionsbestimmung vor. Das Freiheitsgefühl der Menschen hat in den vergangenen Jahren massiv gelitten. Wer glaubt, dass ein demokratisches Gemeinwesen das einfach so wegsteckt, irrt. Wir befinden uns in einer problematischen Phase der Freiheit, wie wir sie immer geschätzt und verteidigt haben. Corona hat eine massive Veränderung auch des juristischen Blickes auf die individuelle Freiheit bewirkt und einen Trend zu kollektiveren Auslegungen des Grundgesetzes befördert. In diesem Kapitel wende ich mich außerdem dem Rauswurf der Freien Demokraten aus dem Bundestag zu und beantworte die Frage, wie ihre Rolle in der APO aussehen wird.

In Kapitel 4 gehe ich darauf ein, welche zentralen Antworten die FDP geben muss, wenn sie die vier langen Schattenjahre überstehen will. Sie wird Mut brauchen, aber auch einen klaren inneren Kompass und den unbedingten Willen, im Zweifel Gegenwind auszuhalten. Sie muss Haltung beweisen, nicht be-

haupten, und auf eine Rückkehr zu demokratischen Grundregeln – generell, zur demokratischen Ordnung – pochen. Hier wird sich in der nächsten Zeit ein weites Feld für den politischen Liberalismus öffnen. Dieses müssen wir beackern.

Schließlich benenne ich in Kapitel 5 die Freiheit, die ich meine. Unbedingte Freiheit war die Antwort nach der Katastrophe. Unbedingte Freiheit bleibt die Antwort, um künftige Katastrophen zu verhindern.

2 Die demokratische Positionsbestimmung

Ein Jahrzehnt der Umwälzungen

Kommen wir gleich zur Sache. Eines der größten Themen der vergangenen Jahre ist zweifellos die Migrationspolitik. Nach der anfänglichen Euphorie, die damals selbst die *Bild*-Zeitung erfasste, mit jubelnden Teddybär-Empfangskomitees an Bahnhöfen und Selfies von Angela Merkel, trat alsbald die Ernüchterung ein. Jetzt, ein Jahrzehnt nach dem September 2015, stehen wir vor einem riesigen politischen Scherbenhaufen. Das »Wir schaffen das« der damaligen Kanzlerin hat sich als viel zu lange hochgehaltene Lebenslüge der bundesdeutschen Politik entpuppt. Der offen präsentierte politische Optimismus traf zu oft auf eine gesellschaftliche Stimmungslage, die ins komplette Gegenteil lief. Tatsächlich müssen wir nach zehn Jahren sachlich festhalten: Wir haben »das« leider nicht geschafft – die jeweils regierenden politischen Kräfte aber auch keinen wirklichen Versuch unternommen.

Wagen wir zunächst die Rückblende. Im September 2015 war ich stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Landtag von Schleswig-Holstein. Die Freien Demokraten befanden sich nach dem bitteren Rauswurf aus dem Deutschen Bundestag nun schon zwei Jahre in der APO

und hatten bundespolitisch bedauerlicherweise nicht allzu viel zu melden.

Vielleicht war es der von der Berliner Blase unbeeindruckte Blick aus der Provinz, der es leichter machte, sich die kommende Entwicklung vorzustellen. Denn was sich da an Umwälzungen anbahnte, konnte man eigentlich ohne hellseherische Fähigkeiten absehen. Ich werde nie vergessen, wie ich mich auf meiner morgendlichen Fahrt zum Kieler Landtag mit Hunderten weit gereisten Menschen konfrontiert sah, die entlang der Kiellinie zu Fuß unterwegs waren. Sie wollten offensichtlich eine der Fähren erreichen und sich über den Seeweg nach Schweden durchschlagen. Es kamen Assoziationen mangelnder staatlicher Kontrolle auf, die ich so aus Deutschland nicht kannte – auch wenn wir in der Vergangenheit schon einige Flüchtlingsbewegungen aufzufangen hatten.

Ebenso unglaublich war für mich der behördliche Umgang mit diesem sich aufbauenden Problem. So definierte man plötzlich zweierlei Recht. Im Oktober 2015 beispielsweise wurde die Kieler Polizei angewiesen, Flüchtlinge ohne Ausweispapiere oder behördliche Registrierung bei einfachen Delikten wie Laddiebstahl oder Sachbeschädigung nicht strafrechtlich zu verfolgen.¹

Man setzte Regeln außer Kraft, die vorher unverrückbar gewesen waren. Als ich im Landtag fragte, warum die Vorgaben in der Landesbauordnung nun auf einmal für Flüchtlingsunterkünfte herabgesenkt werden konnten, während man vorher stets auf die höchste Regelungsdichte gepocht hatte, lautete die Antwort: »Aber es geht doch um Menschen.« Ich entgegnete: »Okay, aber worum ging es denn vorher?«

Auch an anderen Stellen erlebten wir vorher Unvorstellbares: Die Redaktion der ZDF-Sendung »AktENZEICHEN XY« plante

etwa, einen Beitrag für die September-Ausgabe über die Vergewaltigung einer jungen Frau zunächst nicht auszustrahlen, weil der mutmaßliche Täter dunkelhäutig war und dies die Flüchtlingsdiskussion angeblich nur unnötig anfachen würde.²

Die Eigeninitiative, die viele Menschen im Land an den Tag legten, um den Flüchtlingen vor Ort zu helfen, rührte und begeisterte mich. Bei dem Gedanken »Wir fragen nicht nach dem Staat, sondern gehen im Zweifel selbst voran, um Hilfe zu leisten«, geht einem Liberalen naturgemäß das Herz auf. Ohne das gewaltige ehrenamtliche Engagement der ersten Monate wären die Behörden und Organisationen deutlich schneller an ihre Kapazitätsgrenzen geraten. Trotzdem kam es natürlich zu mannigfachen Überforderungssituationen, die mit einer Relativierung unserer Rechtsordnung einhergingen. Menschlich ist es nachvollziehbar, dass man im Notfall einmal fünf gerade sein lässt. Für einen Rechtsstaat darf eine Ausnahmesituation aber nur von begrenzter Dauer sein, sonst zerbröselt allmählich sein Fundament.

Unter dem Eindruck der wilden Herbsttage des Jahres 2015 schrieb ich für das *Handelsblatt* einen Gastbeitrag zur Flüchtlingskrise.³ Darin sagte ich: »Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass in unserem Land Unterdrückung von und Gewalt gegen Frauen, Antisemitismus sowie Homophobie keinen Platz haben. In einigen Ländern, aus denen aktuell viele Flüchtlinge kommen, ist dies keine Selbstverständlichkeit.« Mit Blick auf die Geltungskraft unserer Werte und Normen warnte ich außerdem: »Wenn wir aus einer falsch verstandenen Gutmütigkeit diese Regeln relativieren, werden wir rasch die Diffusion des Rechtsstaates und unserer freien Gesellschaft miterleben. Es vergiftet die offene und vorurteilsfreie Debatte, wenn das Ansprechen von Problemen unterbleiben soll, damit den Rechtsra-

dikalen nicht Vorschub geleistet wird. Vielmehr ist die Verhinderung einer offenen Diskussion über Schwierigkeiten mit der Integration von derzeit etwa einer Million Menschen pro Jahr der Humus, auf dem die tumben Parolen des braunen Mobs erst gedeihen können.«

Blicken wir wieder zurück in die Gegenwart, so müssen wir leider feststellen, dass dies genau so eingetreten ist. Die AfD, die im August 2015 in bundesweiten Umfragen noch bei 3 Prozent herumdümpelte, schoss mit der Krise in die Höhe und bekam bei der Bundestagswahl 2025 schließlich die zweitmeisten Stimmen. Dies geschah nicht, weil Union und FDP in der Migrationspolitik angeblich »rechte Narrative« verbreitet hätten, sondern weil in den vergangenen zehn Jahren viel zu viel laufengelassen, ignoriert, zum Teil aktiv verschleppt wurde. Und weil die öffentliche Debatte zur Flüchtlingsfrage sowohl im linken politischen Spektrum als auch im Journalismus⁴ oft dazu verwendet wurde, kritische Stimmen als rückständig, herzlos oder »irgendwie Nazi« zu diskreditieren. Die Weigerung, sich zunächst einer vorurteilsfreien Betrachtung der Lage und anschließend einer vernunftorientierten Lösung des Problems zu nähern, hatte die Abwendung vieler Wählerinnen und Wähler von Union, SPD, Grünen und FDP zur Folge. Nicht die AfD ist schuld, wenn sie bei demokratischen Wahlen gewählt wird, sondern das offensichtlich zu wenig attraktive Angebot der anderen Parteien. Es wäre besser, wenn alle Beteiligten wieder akzeptieren könnten, dass manchmal auch eine bittere Erkenntnis der Wahrheit entspricht.

Meine Prognose, dass die hohen Zustromzahlen Auswirkungen auf die Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen, Juden und Homosexuellen haben werden, hat sich in der Rückschau leider ebenfalls bestätigt. Ein paar Zahlen veranschauli-

chen dies: Nach einer Auswertung der *Neuen Zürcher Zeitung* waren Asylmigranten im Bereich »Vergewaltigung und sexuelle Nötigung« deutlich überrepräsentiert. Im Jahr 2021 beispielsweise lag ihr Anteil in diesem Deliktsfeld bei 13,1 Prozent – bei einem Bevölkerungsanteil von gerade einmal 2,5 Prozent.⁵ Eine Datenanalyse des WDR aus dem Jahr 2024 ergab, dass die ausländischen Verdächtigen bei Sexualdelikten nicht aus Japan oder Australien, sondern hauptsächlich aus Syrien, der Türkei, Afghanistan und dem Irak kamen – und stellte ebenfalls fest: »In vielen Fällen sind zudem Tatverdächtige aus muslimisch geprägten Ländern stark überrepräsentiert. Dazu zählen Tatverdächtige aus dem Iran, dem Kosovo, Marokko oder Pakistan.«⁶ Sogar der Bundespräsident erkannte im März 2025 einen Trend zu Frauenfeindlichkeit und »maskuliner Energie« – allerdings ersparte er der verunsicherten Öffentlichkeit die Nennung der Ursachen.⁷

Seit dem 7. Oktober 2023, dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, haben die islamistischen Angriffe auf Juden in Deutschland massiv zugenommen.⁸ Der Chefredakteur der *Jüdischen Allgemeinen*, Philipp Peyman Engel, stellte fest: »Das Land ist für Juden nicht mehr sicher. Wenn es um Terror geht, ist der Rechtsextremismus ganz klar die größere Gefahr. Die alltäglichen verbalen und körperlichen Angriffe kommen allerdings nach Wahrnehmung vieler Juden größtenteils aus dem muslimisch geprägten Milieu.«⁹

Auch für Schwule ist die Welt mittlerweile eine andere. Bereits im Sommer 2023 berichtete der *Tagesspiegel* von einer Zunahme homophober Attacken in Berlin; zwischen 2018 und 2021 hätten sich diese gar verdoppelt, so das Blatt.¹⁰ Ein von der Zeitung befragtes Pärchen erklärte, es plane, wegen der Intensivierung der Bedrohungen sein Heimatviertel Neukölln zu ver-